

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Adolf Kessel (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Hospizversorgung für die Stadt Worms

Die **Kleine Anfrage 3291** vom 15. April 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Versorgungskapazität besteht in der Stadt Worms durch Hospizdienste und Hospizeinrichtungen welcher Art?
2. Inwiefern entsprechen ihre Zahl, ihre Förderung und ihre Versorgungskapazität dem Bedarf?
3. Welche Probleme und Defizite bestehen?
4. Wie viele Hospizplätze (Betten) müsste es für die Stadt Worms gemessen an der Einwohnerzahl im Sinne einer wohnortnahen Versorgung geben?
5. Wie wird sich die Bedeutung der Hospizversorgung in Zukunft entwickeln, welcher Handlungsbedarf besteht für die Stadt Worms?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 28. April 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Stadt Worms verfügt über einen ambulanten Hospiz- und Palliativberatungsdienst (AHPB, Ökumenische Hospizhilfe Worms, c/o Altenheim Burkhard) sowie über ein SAPV-Team (Verein zur Förderung der ambulanten Palliativversorgung Rheinhessen/Pfalz).

Zu 2. und 3.:

Die ambulante Hospizarbeit ist in der Stadt Worms flächendeckend vorhanden. Dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie liegen keine Hinweise vor, dass weitere ambulante Hospizdienste gegründet werden müssen. Auch sind im Zusammenhang mit der Hospizarbeit keine Probleme bekannt.

Zu 4.:

Derzeit geht man von 20 Hospizbetten pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner aus. Gemessen an der Einwohnerzahl von 80 296 (Stand 31. Dezember 2013, Quelle: Statistisches Landesamt) ergibt sich für die Stadt Worms ein Bedarf von zwei Hospizbetten. Dieser Bedarf wird durch die stationären Hospize in Mainz und in Ludwigshafen gedeckt, die zusammen über fünfzehn Betten verfügen.

Zu 5.:

Aufgrund der steigenden Lebenserwartungen und der Zunahme onkologischer Erkrankungen kann von einem steigenden Bedarf an Palliativversorgung ausgegangen werden. Die vorhandenen Angebote in Aus-, Weiter- und Fortbildung müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin